

Ukraine

Alaska inbegriffen

Russische Politiker demonstrieren mit Reisen zur Krim den Anspruch auf die Halbinsel.

Die Ukraine war nie ein Staat, ist keiner und wird nie einer werden“, erklärte der demagogische Einheizer Wladimir Schirinowski in Simferopol.

Dort, auf der zwischen Rußland und der Ukraine strittigen Krim, fand der Rabauke aus Moskau und einstige Gegenkandidat Jelzins bei den russischen Präsidentschaftswahlen willige Zuhörer für seine Phantastereien von einem neuen großrussischen Imperium: Zwei Drittel der 2,5 Millionen Krim-Bewohner sind Russen.

Eine ausgemachte Sache, trompetete Schirinowski, sei die Rückkehr der Schwarzmeerhalbinsel zum historisch gewachsenen Rußland, zu „Rossija“ – ein Begriff, der nicht-russische Völkerschaften einschließt.

Die „Republikanische Bewegung der Krim“ hatte den Chauvinisten und Chef einer rechtsradikalen Partei mit dem irreführenden Etikett „liberal-demokratisch“ eingeladen. Beim 209. Jubiläumsfest der Hafenstadt Sewastopol sollte Großrusse Schirinowski für ein Referen-



Großrusse Schirinowski, Ukrainer Krawtschuk: Wem gehört die Krim?

dum zur Lostrennung der Krim von der Ukraine trommeln.

Beinahe allerdings wäre der Krim-Abstecher des Agitators mißlungen. Stundenlang ließ Kiew den zivilen Flughafen von Simferopol für Maschinen aus Moskau sperren, um Schirinowski am Betreten ukrainischen Territoriums zu hindern.

Mit erheblicher Verspätung gelandet, versuchte der unerwünschte Gast, sich nach Sewastopol – Stützpunkt der Schwarzmeerflotte und Sperrgebiet für Zugereiste – durchzuschlagen. Vergebens. Die Polizei fischte ihn aus dem Nahverkehrszug und zwang ihn zur

Umkehr nach Simferopol. Dort erklärte er 400 begeisterten Fans seine politische Vision. „Rossija in den historischen Grenzen“ umfasse nicht nur die Krim. Der Geschichte wegen müsse man gleich auch Finnland und Polen mit arondieren, die bis 1917/18 Rossija zugehörten, auch Alaska inbegriffen, das die USA 1867 dem Zaren abgekauft hatten.

Solch dreiste Parolen russischer Emisäre sind derzeit gängig auf der Krim. Sogar Jelzins Vize Alexander Ruzkoi hatte bei einem Besuch im April die Frage gestellt, warum die Halbinsel mit den einladenden Badestränden und Tausenden von Staatsdatschen überhaupt der Ukraine zugehören solle.

Das russische Parlament erklärte im Mai einen Ukas des Stalin-Nachfolgers Nikita Chruschtschow von 1954 für rechtswidrig: Der ehemalige Ukraine-Parteichef hatte zu seinem Einstand als UdSSR-Parteichef seinem früheren Amtsreich, der Ukraine, die Krim geschenkt. Sie gehörte vormals Griechen, Tataren und Türken, bis sich 1783 Rossija die Kriegsbeute als „Neurußland“ einverleibte.

Jetzt wollte das Moskauer Parlament der Ukraine eine Bestandsgarantie in den heutigen Grenzen, inklusive Krim, nur zusichern, wenn sie in der GUS verbleibe: Die Ukraine trachtet längst danach, sich von der Erbengemeinschaft der einstigen Sowjetunion zu verab-



Krim-Stützpunkt Sewastopol: Sperrgebiet für Zugereiste

schieden. Aber als Preis dafür die Krim abzutreten würde Präsident Leonid Krawtschuk politisch nicht überstehen.

Offen ist auch die Frage, wie Rußland die Krim versorgen will, da es über keine Landverbindung verfügt – eine weitere Exklave ähnlich Kaliningrad. 80 Prozent des Trinkwassers, 85 Prozent der Energie und Industrieprodukte bezieht die Krim von der Ukraine.

Aufgeschreckt durch das Pokerspiel Moskaus um Schwarzmeerflotte und Krim, fragte die Ukraine bei der Nato um Garantien für ihre nationale Sicherheit an. Davon will sie die Ratifizierung des Start-Vertrages abhängig machen, der sie zum Abbau von 176 Interkontinentalraketen verpflichtet.

Wegen der „destruktiven Haltung“ der militärischen Führung der GUS will Kiew alle Offiziere abschieben, die sich weigern, den Eid auf die Ukraine abzulegen – meist sind es Russen. Am 1. August möchte sich das Land, das Moskowiter geringschätzig „Kleinrußland“ nennen, mit der Ausgabe eigener Geldscheine vom russischen Rubel abkoppeln; demnächst soll es auch eigene Pässe geben.

Als Vorstufe dazu werden die Pässe der untergegangenen Sowjetunion mit dem Stempel „Hromadjanyj Ukrainy“, Bürger der Ukraine, versehen. Das erbost vor allem die Aktivisten der Republikanischen Bewegung, die ihren Volksentscheid für eine „Unabhängige Republik Krim in einer Union mit anderen Staaten“ verbaut sehen. 250 000 Unterschriften haben sie schon gesammelt. Sie verweigern die neuen Ausweise und bleiben lieber „Bürger der Sowjetunion“ – mag die auch längst verschwunden sein.

Wütend sind sie auf den Parlamentsvorsitzenden der Krim, Nikolai Bagrow, der inzwischen den Verbleib bei der Ukraine für vernünftig hält und deshalb das Referendum abtügeln will. Vorletzte Woche verhandelte er in Kiew über eine „Abgrenzung der Vollmachten“ zwischen der Ukraine und der Krim, die bereits den Status einer autonomen Republik und damit mehr Rechte als die übrigen Verwaltungseinheiten der Ukraine genießt. Kiew lockt mit den Privilegien einer Wirtschaftszone und einer Subvention von 700 Millionen Rubel.

Ob das den Krim-Bewohnern genügt (zu ihnen zählen auch 200 000 aus der Deportation zurückgekehrte Tataren), wird sich zeigen, wenn in dieser Woche das Parlament in Simferopol zusammentritt und über das Referendum berät.

Ein Treffen zwischen Russen-Präsident Boris Jelzin und seinem ukrainischen Kollegen Leonid Krawtschuk diesen Dienstag im Kurort Dahomys am Schwarzen Meer ist vom Kalten Krieg um die Krim überschattet. Die Ukraine hat damit gedroht, Direktflüge von Moskau auf die Krim ganz zu unterbinden.

„Wir haben die nötige Härte“

Likud-Politiker Benjamin Netanjahu über den Wahlkampf in Israel



Likud-Minister Netanjahu: „Frieden für zwei Völker in zwei Staaten“

SPIEGEL: Herr Minister, diese Woche wird in Israel gewählt: 15 Jahre nachdem Menachim Begin Ministerpräsident wurde und die fast drei Jahrzehnte dauernde Herrschaft der Arbeitspartei beendet, sind Regierung und Likud-Partei in internen Kämpfen zerstritten, die Verwaltung ist korrupt. Ist die Ära von Premier Jizchak Schamir und des Likud zu Ende?

NETANJAHU: Das wäre wohl ein vorläufiger Schluß. Ich glaube, daß die Richtung stimmt, in die der Likud das Land geführt hat: freiere Märkte und zugleich Verhandlungen mit den Arabern – erst mit Ägypten in Camp David und seit Madrid mit unseren Nachbarn. Und ich habe keinen Zweifel, daß viele der israelischen Wähler dem zustimmen.

SPIEGEL: Nur, als es in der Knesset um die Annahme der Verträge von Camp David ging, enthielt sich Schamir der Stimme, und Mosche Arens, heute Verteidigungsminister, votierte gegen die Verträge.

NETANJAHU: Stimmt. Aber ihre Opposition richtete sich nicht gegen den Frieden, sondern gegen die Entwurzelung israelischer Siedlungen und den Transfer von Juden aus dem Sinai. Die Mehrheit der Israelis will eine Lösung des Konflikts, aber einen Frieden, mit

dem wir leben können. Wir können nicht in einem Land leben, das 15 Kilometer breit ist – das wäre die Größe Israels, wenn wir die Gebiete evakuieren würden. Richtiger Frieden muß Sicherheit mit einschließen, und über die kann nur aus einer Position der Stärke verhandelt werden. Likud hat beides, die nötige Härte und die nötige Flexibilität.

SPIEGEL: Die Opposition wirft Ihnen aber vor, daß die Verhandlungen seit dem historischen Auftakt von Madrid stagnieren. Kann es wirklich entscheidende Fortschritte geben, solange Israel – gerade in der Frage der besetzten Gebiete – keine Kompromißbereitschaft zeigt?

NETANJAHU: Die Lage ist nicht hoffnungslos. Madrid war ein Anfang. Da saßen wir nur Armlängen auseinander – Israelis, Palästinenser und Araber –, nachdem sich unsere Nachbarn mehr als ein halbes Jahrhundert geweigert hatten, die Existenz Israels anzuerkennen. Wir haben einen Prozeß begonnen, der langsam und schwierig sein wird, aber ich habe keine Zweifel, daß er zum Frieden führen wird. Und was die Frage der von Israel kontrollierten Gebiete angeht: Das Konzept der Verhandlungen besteht ja gerade darin, die territorialen Fragen für die zweite Phase der Ver-